

# Die Totengräber der demokratischen Energiewende

von Ulrich Jochimsen

FDP-Chef Christian Lindner, würde das frisch reformierte EEG am liebsten abschaffen. Doch dafür sieht der EU-Kommissar kaum Chancen. „Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen“, sagt Oettinger. Deutschland sei „unterwandert“ von Eigenheimbesitzern mit Solaranlagen, Bauern mit Biomasse-Kraftwerken oder Bürgern, die Anteile an Windparks gezeichnet haben. Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, für Reformen werde es „schwieriger, Mehrheiten zu finden.“

Mit der SPD ist es eine Katastrophe. Lediglich Marco Bülow stimmte gegen die EEG-Reform und begründete dies ausführlich: Die beschlossenen Änderungen am Erneuerbaren-Energien-Gesetz werden den nötigen Umbau unseres Energieversorgungssystems nicht beschleunigen, sondern ausbremsen. Bislang seien Änderungen im EEG immer aus dem Parlament heraus entwickelt worden. Diesmal ist es den Parlamentariern nicht mal gelungen, entscheidende Änderungen an der Regierungsvorlage durchzusetzen. Fundamentale Änderungen werden höchstens auf Druck der EU-Kommission vorgenommen. Ein fatales Signal der mangelhaften Demokratie.

Ausschreibungen für den weiteren Ausbau von Photovoltaik, Windkraft und Biomasse werden alles behindern. Die Erfahrungen mit Ausschreibungsmodellen im Ausland sind negativ. Große Kräfte in diesem Land haben kein Interesse an der Dynamik des Erneuerbaren-Ausbaus und die Akteursvielfalt bleibt ihnen ein Dorn im Auge. Dies zeigt auch der Aufwand, mit dem gegen das EEG gehetzt wurde.

**Einwände von anerkannten Fachleuten wurden nicht berücksichtigt. Viele Länder schauen auf Deutschland. Das Signal, das der Bundestag mit der Zustimmung zu diesem fragwürdigen Gesetzentwurf international aussendet, ist eindeutig: 'Der Ausbau der Erneuerbaren geht uns zu schnell. Wir als eines der technologisch führenden Länder dieser Erde sehen uns nicht in der Lage, die Energiewende, so wie es nötig wäre, zu bewerkstelligen. Wir kapitulieren vor den Interessen einiger großer Unternehmen.' Dieses Signal ist fatal.**

Der CSU-Politiker Josef Göppel ist seit Jahren ein engagierter Energiepolitiker. An der nun verabschiedeten EEG-Reform des Bundestages übt er vier zentrale Kritikpunkte. Erstens sei das Problem des überlaufenden Spotmarkts nicht gelöst. Zweitens: Ausschreibungen erschweren den Zugang für Kleininvestoren und schwächen die Bürgerbeteiligung an der Energiewende. Drittens sei die beschlossene Belastung des Eigenverbrauchs falsch und unfair. Viertens sei das EEG als Klimaschutzinstrument gegründet worden. Die EEG-Novelle werde diesem Anspruch nicht gerecht, da die Biogas-Nutzung zu sehr beschnitten werde. „Das EEG 2014 sichert die Begünstigung der energieintensiven Industrie europarechtlich ab, aber einen Beitrag zur Stärkung der Energiewende, zu technischen Innovationen und zur Aktivierung von Bürgern leistet es nicht. Stagnation droht. Diesem Gesetz kann ich nicht zustimmen“, erklärte Göppel. Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen lehnte ebenfalls die EEG-Reform ab.

Seinerzeit als Umweltminister hat Sigmar Gabriel im Juli 2009 die "Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus" diskussionslos im Bundestag durchwinken lassen, mit den Stimmen der Großen Koalition sowie den Stimmen der damals oppositionellen FDP, die das Thema per Anfrage an die Bundesregierung im März 2009 ins Rollen brachte. Diese Verordnung, die mittels eines unmöglichen Vermarktungs- und Refinanzierungssystems, sowie über Merit Order, hat seit 2009 zur Verfünffachung der EEG-Umlage geführt. Dies ist die Hauptursache für die EEG-Umlagenerhöhung. Die Eigenverbrauchsabgabe die einen Durchschnittshaushalt um rund 50 Cent pro Jahr entlastet, aber gleichzeitig der Bürgerenergiewende den Sargnagel einschlägt.

## Die Demokratie ist gefährdet

Günter Grass anlässlich der Buchmesse 2010: "Ja, die Demokratie ist gefährdet. Die Demokratie ist nicht gefährdet durch islamische Terroristen, sie ist nicht gefährdet durch Einwanderung und durch künstlich hochgezüchtete Sarrazin-Debatten. Sie ist gefährdet durch etwas, was wir schon

mal erlebt haben. Die Weimarer Republik ist unter anderem daran gescheitert, dass es nicht genügend Bürger gab, die sich schützend vor sie gestellt haben. Und diese Abkehr, die zum Teil auch begründete Abkehr vieler Menschen, auch junger Menschen von der Politik, nimmt der Demokratie den Schutz. Und dann wird sie ein Opfer der Lobby, dann wird sie käuflich und geht auf eine schleichende Art und Weise zugrunde. Das ist eine Abkehr davon und eine Schutzlosigkeit, die dann von anderen Kräften genutzt wird, so wie wir es 33 erlebt haben. Ich wünsche mir, dass Ihre Generation (er meinte den jungen Moderator vom HR1), den Ruf 'Wir sind das Volk' aufnimmt."

Süddeutsche Zeitung, 4. Juli 2014  
Tina Ternus, [tinyurl.com/pqe5wqz](http://tinyurl.com/pqe5wqz)